

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
02/2015*



Liebe FreundInnen!

Am 25. Februar fand die 61. Sitzung des Nationalrats mit einer Reihe wichtiger Gesetzesbeschlüsse statt, darunter das neue Islamgesetz, die Umwandlung der ÖIAG in die ÖBIB und die Einführung der täglichen Turnstunde an allen Ganztagschulen.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



Top-Themen:

Aus ÖIAG wird ÖBIB: Schlankere Strukturen und Ende des Privatisierungswahns

Mit der Umwandlung der ÖIAG in die ÖBIB werden wichtige industriepolitische Forderungen der SPÖ umgesetzt:

- Die ÖBIB bringt **schlankere Strukturen** und **setzt dem Privatisierungswahn ein Ende**.
- Der Selbsterneuerung des Aufsichtsrates und damit der **Klientelpolitik für Industriemagnaten wird ein Riegel vorgeschoben**.
- Die ÖBIB hat künftig **wichtige industriepolitische Aufgaben**: Neu ist der Auftrag, die Anteile werthaltig zu verwalten, was auch zu Kapitalaufstockungen, dem Zukauf von Unternehmensanteilen oder neuen Beteiligungen führen kann.
- Sowohl der **Erwerb weiterer Unternehmensanteile als auch Privatisierungen** können zukünftig **ausschließlich im Auftrag der Bundesregierung** erfolgen.

Dazu äußerte **SPÖ-Industriesprecher Rainer Wimmer** in der Debatte im Nationalrat: "Die ÖBIB leitet ein neues Kapitel der Industriepolitik ein und macht Schluss mit den Privatisierungsbestrebungen, die Arbeitsplätze und Steuergeld gekostet haben!"

Islamgesetz bringt Rechtssicherheit und Pflichten für Glaubensgemeinschaft

Das neue Islamgesetz, das jenes aus dem Jahr 1912 ersetzt, **bringt Rechtssicherheit sowie Pflichten für die "Islamische Glaubensgemeinschaft" (IG-GiÖ) und die "Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft" (ALEVI)**. Das Gesetz **sichert das Recht auf religiöse Betreuung** und die Rücksichtnahme auf Ernährungsvorschriften in Krankenhäusern, beim Heer, in Haftanstalten etc. und bringt klare Bestimmungen zur Errichtung von Friedhöfen. Wesentlich sind außerdem die Regelungen zur **Ausbildung der Imame in Österreich** in einem neuen theologischen Studium an der Uni Wien ab 2016, **die Möglichkeit zur Auflösung radikaler Vereine sowie das Verbot der Auslandsfinanzierung**. **Dadurch wird Bevormundung aus dem Ausland hintangehalten**. Im Zuge der Ausschussberatungen kam es noch zu Präzisierungen, die auf Bedenken der Religionsgemeinschaften eingehen. **Beide islamischen Glaubensgemeinschaften haben dem Gesetzesentwurf zugestimmt**.

Deutlich wurde **SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann in Richtung FPÖ**, deren islamfeindliche Aussagen er kritisierte: "**Integration findet nicht über Spaltung statt!**" Das Gesetz regle die islamische Glaubensausübung in Österreich, es handle sich "weder um eine Bauordnung noch um ein Kleidervorschreibungsgesetz".

Tägliche Turnstunde für mehr Bewegung und bessere Ganztagschulen

Ab dem kommenden Schuljahr gibt es die tägliche Turnstunde an allen ganztägigen Schulen. Sie ist ein **wichtiger Beitrag zur Bewegungsförderung bei Kindern und Jugendlichen** und bringt ein **noch attraktiveres Angebot für die SchülerInnen an ganztägigen Schulen**. Die fünf Bewegungseinheiten pro Woche können auch in **Kooperation mit Sportvereinen** durchgeführt werden, d.h. die Schulen öffnen sich für Vereine – dafür wird die pädagogische Qualifikation erleichtert und ein neues Berufsbild Bewegungscoach geschaffen. Die **Qualitätskontrolle ist gesichert** – die **Schulaufsicht** ist künftig auch für die Betreuungseinheit an Ganztagschulen **zuständig**. "Mit einem guten schulischen Angebot kann der Grundstein für eine gesundheitsbewusste und sportliche Lebensweise gelegt werden", ist **SPÖ-Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann** überzeugt.

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 25. Februar 2015

Sozialbericht 2013/2014 zeigt hohe Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik ([III-138/470 d.B.](#))

Der Sozialbericht 2013/14 fasst die wichtigsten Zahlen, Daten und Fakten zur sozialen Situation in Österreich zusammen. Mehr als eine Milliarde Euro wurde für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgewendet, 370 Millionen Euro für die Beschäftigung von Menschen über 50. Der Bericht zeigt, dass sich die soziale Situation seit Beginn der Finanzkrise 2009 verschärft hat. Positiv ist freilich, dass Österreich eines der wenigen Länder Europas ist, in dem die Armutgefährdung leicht zurückgeht. Österreich hat auch immer noch eine sehr geringe Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen EU-Ländern, aber auch in Österreich ist die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Hier gilt es, mit der Ankurbelung der Wirtschaft, etwa in Form des geplanten Wohnbauprogramms, gegenzusteuern. Die Steuerreform muss die Abgabenbelastung auf Arbeit verringern, und wachsende Vermögenseinkommen müssen ihren gerechten Anteil an der Steuerlast tragen.

Islamgesetz ([469 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Österreichs Vorreiterrolle im Kampf gegen die Todesstrafe ([468 d.B.](#))

In diesem Entschließungsantrag der Regierungsparteien, welcher auf Initiative des SPÖ-Menschenrechtssprechers Franz Kirchgatterer ausgearbeitet worden ist, werden weitere Initiativen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe eingefordert. Gemeinsam mit EU-Partnern soll auf betroffene Staaten eingewirkt werden, Todesurteile nicht mehr zu vollstrecken bzw. ein Moratorium bis zur vollständigen Abschaffung einzuführen.

Indien beim Kampf gegen Gewalt an Frauen unterstützen ([467 d.B.](#))

Der Außenminister und die Frauenministerin werden in diesem Entschließungsantrag aufgefordert, sich in internationalen Gremien und auf EU-Ebene für eine Eindämmung der physischen, psychischen und sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Indien einzusetzen und die diesbezüglichen Bestrebungen der indischen Regierung zu unterstützen. Know how und Erfahrungen im Kampf gegen Gewalt sollen ausgetauscht werden.

Start des Hypo-Untersuchungsausschusses ([1/US / 484 d.B.](#))

Mit dem Bericht des Geschäftsordnungsausschusses wird der Weg zum Start des Untersuchungsausschusses frei gemacht. Die konstituierende Sitzung fand am 26. Februar statt.

Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungs GmbH – ÖBIB-Gesetz 2015 ([485 d.B.](#)) – s. TOP-Themen

Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen ([462 d.B.](#))

Das Dritte Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen orientiert sich an den bestehenden EU-Regeln und vereinfacht Auslieferungsverfahren zwischen Mitgliedsstaaten des Europarates. So kann die Auslieferung mit Zustimmung der betroffenen Person bereits durch das Fahndungersuchen bewilligt werden. Neue Regeln zu Fristen bringen auch eine Verkürzung der Auslieferungshaft.

Psychologische Beratung für SchöffInnen und Geschworene ([463 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag an den Justizminister soll die psychologische Betreuung für Geschworene, Schöffen und LaienrichterInnen verbessern. Es sollen Angebote geschaffen und über bestehende informiert werden – besonders nach Prozessen, die psychisch belastend sind, etwa bei Gewalt- oder Sexualverbrechen.

Tägliche Bewegungseinheit an ganztägigen Schulen ([461 d.B.](#)) – s. Top-Themen**Rechnungshof-Bericht zu Almflächen ([III-95/486 d.B.](#))**

Ein Sammelbericht des Rechnungshofes beschäftigt sich u.a. mit der mittlerweile gelösten Causa um falsch vermessene Almflächen und die Rückforderung von Fördergeldern durch die EU. Der Rechnungshof kritisiert die damals unklare Kompetenzverteilung zwischen Landwirtschaftsministerium, Agrarmarkt Austria (AMA) und Landwirtschaftskammer.

RH-Kritik an Öffentlichkeitsarbeit des Landwirtschaftsministeriums([III-17/487 d.B.](#))

In einem Teilbericht übt der Rechnungshof massive Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit des Landwirtschaftsministeriums in den Jahren 2006 bis 2011; so war 2010 bei 94 Prozent der Schaltungen in Printmedien ein Foto des Ministers Berlakovich dabei, Werbebotschaften waren sehr allgemein gehalten. Der Rohbericht des Rechnungshofes war bereits Thema im letzten Untersuchungsausschuss und die Praktiken des Ministeriums führten auch bereits zu Gesetzesänderungen (etwa zur Beschränkung von Inseraten). 31 der 37 Empfehlungen des Rechnungshofes sind laut Ministerium nun umgesetzt.

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ([III-128/488 d.B.](#))

Der Rechnungshof präsentiert in diesem Bericht seine Tätigkeit für 2013: 80 Prozent der Empfehlungen, die 2013 veröffentlicht wurden, haben Wirkung gezeigt, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung bedeutet.

Pensionen: Reformen wirken – Jobs für Ältere schaffen

Bei der Anhebung des Pensionsantrittsalters ist Österreich am richtigen Weg – das machte Sozialminister Rudolf Hundstorfer in der Aktuellen Stunde zum Thema "Beschäftigung 50+ - Wie Österreich später in Pension geht" deutlich. So ist das Antrittsalter um 13 Monate gestiegen, "die Reformmaßnahmen greifen", so der Sozialminister. Und es muss noch weiter steigen, damit unser Pensionssystem sicher bleibt. Dazu braucht es aber auch die Arbeitsplätze für ältere Menschen, betonten Hundstorfer und SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder. Eine rasche Anhebung des Frauenpensionsalters lehnt die SPÖ ab, denn Frauen leisten noch immer den Großteil der unbezahlten Arbeit, so Schieder. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch bekräftigte einmal mehr die SPÖ-Forderung nach einem Bonus-Malus-System für Unternehmen, um die Beschäftigung Älterer zu steigern.

Bundestheater: Transparenz und Aufklärung

In einer Debatte über eine Anfragebeantwortung zu den Protokollen der Bundestheater-Aufsichtsratssitzungen bekannte sich Kulturminister Josef Ostermayer zu Transparenz und Aufklärung der Malversationen rund um das Burgtheater. In Richtung Opposition gab er jedoch zu bedenken, es gelte auch auf datenschutzrechtliche Interessen Bedacht zu nehmen und darüber hinaus wirtschaftlichen Schaden für das Unternehmen zu verhindern.

Amtsführende Stadträte in Wien – "Diskussion in Wien führen"

"Ein nichtamtsführender Stadtrat hat weniger Aufgaben als ein Gemeinderat in Wien. Inhaltlich bin ich für die Abschaffung. Man muss das durchaus ernsthaft diskutieren", kommentierte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder einen Fristsetzungsantrag der Neos für eine Verfassungsänderung zur Abschaffung der nichtamtsführenden Stadträte in Wien. Für den SPÖ-Klubobmann ist dieser Antrag aber "kein Versuch einer ernsthaften Diskussion." Zunächst sollte die Diskussion im Wiener Landtag stattfinden und danach kann man auf Bundesebene in die Diskussion einsteigen.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Kein Platz für Terror in einer demokratischen Gesellschaft\(19.02.2015\)](#)

[Muttonen zu Griechenland-Wahl: "Neue Wege können beschritten werden"\(26.01.2015\)](#)

Treffen der OSZE in Wien



© Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Am Donnerstag habe ich als Vize-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE-PA) unsere Nationalratspräsidentin Doris Bures vertreten und die 14. OSZE-Wintertagung in der Wiener Hofburg eröffnet. Da an diesen Sitzungen ParlamentarierInnen aus allen 57 OSZE-Staaten teilnehmen, sind sie immer eine gute Gelegenheit, um miteinander über Themen und Probleme zu sprechen, von denen wir alle in Europa betroffen sind.

In diesem Jahr standen natürlich die Ukrainekrise und die Zusammenarbeit im Anti-Terrorkampf im Mittelpunkt. Wir haben aber auch darüber gesprochen, wie wir besser mit den vielen Kriegsflüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten umgehen können. Ich habe außerdem die Gelegenheit genutzt mit anderen interessierten Abgeordneten darüber zu reden, wie wir gemeinsam den Druck auf die Atomwaffenstaaten erhöhen können, damit diese endlich damit fortfahren ihre Atomwaffenbestände abzurüsten.



Im Anschluss an die Sitzungen fand am Abend in der Säulenhalle des Nationalrats noch ein großer Empfang für die Abgeordneten statt.

[Hier](#) meine Eröffnungsrede zum nachlesen.

Veranstaltung zur nuklearen Abrüstung

Während der OSZE-Wintertagung in Wien habe ich die Gelegenheit genutzt, eine Diskussionsrunde zu organisieren, um mit interessierten Abgeordneten aus den 57 Mitgliedstaaten über nukleare Abrüstung und die humanitären Folgen von Atomwaffen zu reden.

Als Gastredner konnte ich den österreichischen Botschafter Alexander Kmentt gewinnen, der im Außenministerium die österreichische Anti-Atomwaffenpolitik koordiniert. Für seine Arbeit wurde er grade erst im Januar von der Arms Control Association zur Abrüstungspersönlichkeit des Jahres 2014 gekürt.

Botschafter Kmentt sprach über die Ergebnisse, der von Österreich im letzten Dezember organisierten internationalen Konferenz über die humanitären Folgen von Atomwaffen und gab einen Ausblick auf die in diesem Frühjahr in New York anstehende NPT-Überprüfungskonferenz.



Auf dieser Konferenz könnten entscheidende Schritte zur Abrüstung getroffen werden – wenn die Staaten dazu bereit sind. Angesichts der katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes und der zunehmenden Spannungen zwischen den Atommächten, wäre es wichtig, dass auf der Konferenz eine umfassende Abrüstung beschlossen wird. Damit das geschieht, gilt es nun möglichst viel Druck auf die teilnehmenden Regierungen aufzubauen. Dabei könne auch die OSZE als Kommunikationsplattform eine hilfreiche Rolle spielen.

Kasachische Parlamentsdelegation zu Besuch im Nationalrat



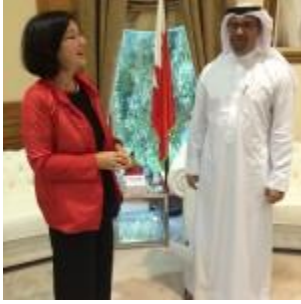
© Parlamentsdirektion / BKA / Andy Wenzel

Am 18. Februar war eine Delegation kasachischer ParlamentarierInnen zu Gesprächen bei uns im Nationalrat. Für Ikram Adyrbekov, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im kasachischen Parlament ist Österreich der wichtigste Partner in Europa. Kasachstan habe ein großes

Interesse an einer engen Kooperation bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und bei den alternativen Energien. Kasachstan würde sich zudem freuen, wenn Österreich im Rahmen der OSZE die nächsten Wahlen beobachten würde. Ich habe in dem Gespräch mit den Abgeordneten und in einem späteren [Interview für das kasachische Fernsehen](#) besonders unsere gute Zusammenarbeit im Kampf gegen Atomwaffen hervorgehoben. Kasachstan leidet noch heute unter den Folgen der sowjetischen Atomwaffentests im kasachischen Semipalatinsk und drängt, wie Österreich, aktiv weiter darauf, dass die noch immer gigantischen Atomwaffenarsenale substantiell abgerüstet werden.

Parlamentsdelegation in Kuwait und Bahrain

Vom 14. bis 18. Februar war ich als Leiterin einer Delegation des Österreichischen Parlaments zu Gesprächen in Kuwait und Bahrain. Eingeladen waren wir vom Kuwaitischen Parlament. Dessen Präsident Adel Al-Jahrallah war denn auch einer der Gesprächspartner, mit denen wir uns über den Anti-Terrorkampf, die Förderung von Demokratie und Parlamentarismus, die Möglichkeiten eines intensiveren kulturellen Austausches und eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit unterhalten haben.



Bei den Gesprächen mit seinem bahrainischen Amtskollegen Ahmed Bin Ibrahim Rashed Al-Mulla war für uns die Situation des inhaftierten Oppositionspolitikers Ali Salman ein Hauptthema. Mir war es besonders wichtig, dass wir während unseres Aufenthaltes nicht nur politische Vertreter Bahrains und Kuwaits getroffen haben, sondern uns auch mit Mitarbeitern des Bahrain Institute for Human Rights (BIHR) und der Präsidentin von [Loyac](#), einer kuwaitischen Organisation die Jugendliche etwa durch Aus- und Weiterbildungsprogramme bei ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt, austauschen konnten.

Wintersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

An oberster Stelle stand natürlich wieder die Ukraine-Krise. Da ging es zum einen um die äußerst prekäre Lebenssituation der vielen Menschen in der Ostukraine, die unter dem Krieg und den harten Winterbedingungen leiden. Laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind über 850.000 Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht. Weitere 150.000 sollen nach Russland geflohen sein. Erschreckend waren auch die Berichte über grausame Menschenrechtsverletzungen sowohl auf Seiten der Separatisten als auch auf Seiten der ukrainischen Regierung. Internationale Menschenrechtsorganisationen berichteten unter anderem von schwerer Folter, spurlos verschwundenen Menschen und Massengräbern. Dabei geben doch beide Parteien vor, sich für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen. Wir haben in einer von einer breiten Mehrheit getragenen EntschlieÙung die beiden ukrainischen Konfliktparteien aufgefordert, gemeinsam mit dem Roten Kreuz Familien zu helfen, ihre verschollenen Angehörigen wiederzufinden und humanitären Organisationen den Zugang zu den Konfliktgebieten zu ermöglichen. An Moskau haben wir in der EntschlieÙung die Forderung gerichtet, auf die militärische Unterstützung der prorussischen Rebellen im Südosten des Landes zu verzichten und die Ukraine nicht weiter zu destabilisieren.

Eine besonders schwere Entscheidung stand bei der Frage an, ob die Sanktionen gegen die russische Delegation aufgehoben, beibehalten oder gar verschärft werden sollen. Als Reaktion auf die russische Annexion der Krim hatte die Parlamentarische Versammlung des Europarates im letzten Jahr den russischen Delegierten unter anderem das Stimmrecht entzogen. Ich habe für den Vorschlag meines österreichischen Parteikollegen Stefan Schennach votiert. Als Vorsitzender des für die Sanktionen verantwortlichen Monitoringkommittees hatte er einen Kompromiss erarbeitet, der zwar die Aufhebung der Sanktionen vorsah; im Gegenzug dazu hätten die russischen Delegierten aber an einem monatlichen Fortschrittsbericht über die Situation in der Ostukraine mitwirken müssen. Leider hat dieser Vorschlag keine Mehrheit gefunden, stattdessen votierte eine Mehrheit dafür, die Sanktionen zunächst bis April beizubehalten.

Neben der Ukraine haben wir aber auch über die Terroranschläge von Paris gesprochen und eine EntschlieÙung verabschiedet. Darin fordern wir einen verstärkten Kampf gegen Terrorismus und Jihadismus, mahnen die europäischen Staaten aber auch, dabei nicht die Grundrechte und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen oder auszuhöhlen. Was wir jetzt nicht brauchen ist eine Massenüberwachung aller BürgerInnen. Stattdessen sollten wir dafür sorgen, dass die Geheimdienste enger miteinander kooperieren und unsere nationalen Dateien zu verurteilten Terroristen untereinander austauschen. Wer noch mehr darüber lesen will, was wir auf der Wintertagung beschlossen und worüber wir diskutiert haben, findet weitere Informationen auf der Seite der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ausgezeichnet

Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundeskanzler Werner Faymann haben EU-Parlamentspräsident Martin Schulz heute das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Eine gute Entscheidung wie ich finde, denn Martin Schulz hat viel für die Demokratie in der EU getan und damit auch Österreich einen wichtigen Dienst erwiesen. Seit Martin Schulz 2012 Präsident des Europäischen Parlaments wurde, hat er durch viele Arbeit und Hartnäckigkeit erreicht, dass das Parlament zu einem wichtigen und ernstzunehmenden Akteur in Europa wurde, der auch der Kommission und den Staats- und Regierungschefs auf Augenhöhe begegnet. Besonders wichtig fand ich auch, die Veränderungen die er für die EU-Wahl im letzten Jahr angestoÙen hat, dass nämlich die WählerInnen erstmals selbst entscheiden konnten, wen sie als neuen Kommissionspräsidenten haben wollten.

In seiner Rede unterstrich Martin Schulz, wie wichtig die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament für ein starkes und stabiles Europa sind. Wichtige Entscheidungen, wie etwa das Freihandelsabkommen mit den USA müssten durch die Parlamente bearbeitet werden und nicht an ihnen vorbei. Es müsse alles getan werden, um die bestehende Skepsis zu überwinden und einem Verfall der EU entgegenzuwirken. Den Zerfall sieht Schulz als realistische Gefahr: "Der Satz es gibt keine Alternative zu Europa ist falsch. Es gibt eine Alternative, nämlich die Renationalisierung und damit den Kampf der Völker gegeneinander." Damit die EU zusammenbleibt und die Interessen ihrer BürgerInnen schützen kann, müsse sie aber nicht nur weiter an ihrer Demokratie arbeiten, sondern auch stärker die sozialen Ungerechtigkeiten bekämpfen, die sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgetan haben, denn, so schloss der Gast aus Brüssel, "sozialer Friede und politischer Friede hängen ursächlich zusammen."

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at